
Malte Thießen

Seuchengeschichte in Echtzeit

Zur Geschichte der Coronapandemie in Nordrhein-Westfalen

Manchmal raucht die Zeitgeschichte nicht nur, gelegentlich brennt sie sogar noch. Die Coronapandemie ist so ein Fall. Obwohl das Ende der gegenwärtigen Pandemie noch nicht abzusehen ist, obwohl sie also wortwörtlich eine unendliche Geschichte sowie eine Geschichte mit Zukunft ist, machen sich Historiker:innen bereits seit 2020 an eine Historisierung unserer Gegenwart. Solche Coronage-schichten befriedigen nicht nur Bedürfnisse nach Orientierung in unsicheren Zeiten. Darüber hinaus werfen diese Geschichten fundamentale Fragen auf: Was ist eigentlich Geschichte? Zu welchem Zeitpunkt schlägt die Stunde der Geschichtswissenschaft? Wann und zu welchem Nutzen sollten Historiker:innen gegenwärtige Prozesse in den Blick nehmen?

Einige Antworten auf diese Fragen liegen bereits vor. Denn schon 2020 entbrannten in Fachzeitschriften und Tageszeitungen Debatten um eine Art Analogiesucht, die beim Ausbruch der Pandemie zu spüren war. Insbesondere Analogien zwischen Corona und der „Spanischen Grippe“ von 1918/19 beherrschten bald die Schlagzeilen. Auch die Pocken, Polio und selbst die gute alte Pest erregten auf einmal mediales Interesse. In dieser Lesart verkam die Seuchengeschichte mitunter zu einer einfachen Handlungsanweisung für die Gegenwart. Quarantänemaßnahmen des 19. Jahrhunderts oder Fabrik- und Schulschließungen während der „Spanischen Grippe“ begründeten den Infektionsschutz der Gegenwart. Selbst Virolog:innen wie Christian Drosten ließen sich mitunter von historischen Analogien begeistern. Mitte März 2020 berichtete Drosten in seinem vielbeachteten Corona-Podcast von seinen Erkenntnissen nach der Lektüre zur Geschichte der „Spanischen Grippe“, aus denen er letztlich den Nutzen von Schulschließungen ableitete.¹ Auch Virolog:innen waren zu Beginn der Pandemie offenbar auf der Suche nach historischer Orientierung.

1 Benjamin Scheller, Die Pest, die spanische Grippe und eine seltsame Niederlage. Vom Nutzen und Nachteil historischer Analogien in Zeiten von Covid-19, in: Martin Flo-

Historiker:innen haben den Nutzen solcher Analogien von Anfang an in Frage gestellt. Selbstverständlich können wir aus der Seuchengeschichte insofern lernen, weil wir ein Gespür für gesellschaftliche Voraussetzungen, Formen und Folgen der Pandemiebekämpfung gewinnen. Historische Forschungen zum Zusammenspiel von Globalisierungsprozessen und Seuchenausbreitung sensibilisieren uns außerdem für den menschlichen Anteil am Seuchengeschehen seit dem 19. Jahrhundert.² Konkrete Lösungsansätze für die Gegenwart stellt uns die Seuchengeschichte allerdings kaum bereit. Mögen manche Viren noch relativ vergleichbar sein, die Gesellschaften, in denen die Viren zirkulierten, sind es ganz und gar nicht. Schon beim populären Vergleich zwischen Corona und „Spanischer Grippe“ liegt das Problem der Analogie auf der Hand. Zum Zeitpunkt des Ausbruchs der „Spanischen Grippe“ kämpfte Europa in einem Weltkrieg, der seit vier Jahren unzählige Menschenleben gefordert, massive Ressourcen verschlungen und den allgemeinen Gesundheitszustand erheblich verschlechtert hatte. Die europäischen Gesundheitswesen von 1918/19 spotten jedem Vergleich zu den heutigen, vom Sozialstaat des späteren 20. Jahrhunderts war während der „Spanischen Grippe“ ohnehin wenig zu sehen. Eine erste Antwort auf die Frage, warum Historiker:innen die jüngste Gegenwart historisieren sollten, ist also ihre Kompetenz, vorschnelle Gleichsetzungen und beliebte Analogien zu hinterfragen, auf Unterschiede und Gegensätze zwischen Seuchengeschichte und -gegenwart hinzuweisen, um Panik und politischen Kurzschlüssen vorzubeugen.³

Hilfreicher als scheinbar naheliegende Analogien zwischen Seuchengeschichte und -gegenwart sind dagegen historische Einordnungen, die gesellschaftliche Wandlungsprozesse, Veränderungen von Gesundheitskonzepten und Risikowahrnehmungen betrachten. Für eine Einordnung der Coronapandemie sind Befunde zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens seit den 1970er Jahren, zum demographischen Wandel oder dem von Lebensstilen sowie zu den Konflik-

rack/Karl-Rudolf Korte/Julia Schwanholz (Hg.), *Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*, Frankfurt a. M. 2021, S. 257–268, hier S. 258.

2 Vgl. u. a. Mark Harrison, *Contagion. How Commerce has spread Disease*, New Haven 2012; Mark Honigsbaum, *Das Jahrhundert der Pandemien. Eine Geschichte der Ansteckung von der Spanischen Grippe bis Covid-19*, München 2021.

3 Zur kritischen Einordnung des Nutzens und der Nachteile von historischen Bezügen vgl. u. a. Karl-Heinz Leven, *A Sound of Thunder. Von Pest, Grippe und Corona*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 73 (2022), S. 372–386; Cornelius Borck, *Vom Unwissen in Zeiten von Corona*, in: *Zeitschrift für Kulturphilosophie* 14 (2020), S. 101–110; Philipp Osten, *Was lernen wir aus historischen Seuchen. Die Wahrnehmung vergangener Epidemien und Pandemien und ihre Bedeutung für die Gegenwart*, in: Ansgar Lohse (Hg.), *Infektionen und Gesellschaft. COVID-19, frühere und zukünftige Herausforderungen*, Berlin 2021, S. 44–53.

ten um die Weltgesundheitsorganisation (WHO) seit den 1990er Jahren hilfreicher als die meisten Befunde zur „Spanischen Grippe“ oder zu anderen Seuchen.⁴ Wenn wir eine nüchterne und effektive Pandemiopolitik für Gegenwart und Zukunft konzipieren möchten, brauchen wir also historische Expertise, um uns auf die eigentlichen Probleme zu fokussieren.

Eine weitere Antwort auf die Frage nach dem Nutzen einer Coronageschichte ist die „Geschichte der Gegenwart“. Die Zeitgeschichtsforschung hat sich schon eine ganze Weile auf den Weg in die jüngste Zeitgeschichte gemacht. Bereits bei der DDR-Forschung seit den 1990er Jahren brannte die Zeitgeschichte selbstverständlich noch, aber auch schon die frühen Darstellungen des Nationalsozialismus schrieben *in actu* über Entwicklungen, deren Folgen noch schwer abzusehen waren. In letzter Zeit haben zahlreiche hervorragende Studien, unter anderem von Frank Bösch, Andreas Rödder oder Philipp Sarasin, die Geschichte der Gegenwart, also von den 1970er Jahren bis heute, vermessen.⁵ Die zeithistorische Forschung reagiert damit auch auf das Gefühl eines Zeitenwandels, das bereits vor Corona und vor dem russischen Überfall auf die Ukraine sehr verbreitet war. Zeithistoriker:innen schreiben somit schon eine ganze Weile „Geschichte in Echtzeit“, also Geschichte, die gegenwärtige Problemlagen aufgreift und aktuelle Entwicklungen einordnet. Auch vor diesem Hintergrund ist eine Coronageschichte relevant. Sie kann methodische Impulse für eine Geschichte der Gegenwart geben und Perspektiven für zukünftige Forschungen eröffnen.

Der Landeszeitgeschichte kommt für eine solche Geschichte in Echtzeit besondere Bedeutung zu.⁶ Coronageschichte ist zumindest in Deutschland immer auch und zuvorderst Landeszeitgeschichte. Zunächst einmal ist Gesundheit in Deutschland seit Jahrhunderten in erster Linie Ländersache. Auch wenn der Bund durch die Novellen des Infektionsschutzgesetzes seit 2020 gesundheitspolitische Kompetenzen gewonnen hat, geht im Pandemiefall nach wie vor nichts ohne die Bundesländer. Trotz der Bedeutung der Länder für die Gesundheitspolitik standen entsprechende Forschungen für die Landesgeschichte bislang nicht im Fokus. Auch in dieser Hinsicht kann Corona der Landeszeitgeschichte nachhaltige Impulse verleihen. Im Übrigen kann aber auch die allgemeine Zeitgeschichte sol-

4 Vgl. die ausführlicheren Einordnungen bei Malte Thießen, *Auf Abstand. Eine Gesellschaftsgeschichte der Coronapandemie*, Frankfurt a. M. 2021, S. 45–54.

5 Philipp Sarasin, 1977. *Eine kurze Geschichte der Gegenwart*, Berlin 2021; Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019; Andreas Rödder, *21.0 – Eine kurze Geschichte der Gegenwart*, München 2015.

6 Siehe hierzu Sabine Mecking, *Landeszeitgeschichte. Perspektiven – Chancen – Herausforderungen*, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 70 (2020), S. 1–18.

che Impulse dringend gebrauchen. Denn sie war lange Zeit eine ausgesprochen „ungesunde Zunft“, sodass Gesundheitsthemen keine große Rolle spielten.

Umso wichtiger sind neue Forschungen auch und gerade zur jüngsten Zeit- und Seuchengeschichte – eben zur Geschichte der Coronapandemie seit 2020. In meinem Beitrag geht es daher auch um die Frage, was Landesgeschichte, Zeitgeschichte und Seuchengeschichte zu einer ebenso spannenden wie fruchtbaren Kombination macht. Dieser Frage spüre ich an einer kurzen Geschichte der Coronapandemie in Nordrhein-Westfalen nach. Es geht im Folgenden also um eine Geschichte der vergangenen zwei Jahre sozusagen „im Zeitraffer“ und anhand von fünf Schlaglichtern, insbesondere aus landesgeschichtlicher Perspektive und vor allem mit Bezug auf Nordrhein-Westfalen. Dieser landesgeschichtliche Fokus ist keineswegs beliebig. Denn im Gesamtüberblick machen die fünf Schlaglichter die zentrale Bedeutung dieses Bundeslandes für eine Coronageschichte deutlich. Hier wurde das Virus zum ersten Mal zu einem Problem für die Deutschen, hier war die Konkurrenz um das bessere Seuchenmanagement – vor allem im Vergleich zu Bayern – besonders ausgeprägt, ebenso wie die Stigmatisierung von „Seuchenträgern“. Die Bedeutung Nordrhein-Westfalens für die Coronageschichte korrespondiert mit dem allgemeinen Befund, dass das Land bzw. seine Vorläufer:innen während des 19. und 20. Jahrhunderts immer wieder mit massiven Gesundheitsproblemen zu kämpfen hatten, die in ganz Deutschland und darüber hinaus für Aufmerksamkeit sorgten. Insbesondere der Ballungsraum des Ruhrgebiets galt in diesem Zeitraum wiederholt als „Seuchenherd“, aber eben auch als Experimentierfeld für gesundheitspolitische und Infrastrukturmaßnahmen, die das Land bis heute prägen.⁷

1. Anfänge: „Hotspot“ Heinsberg

Am Anfang einer Coronageschichte geht es um die Gretchenfrage, wann eine solche Geschichte überhaupt beginnt. Was markierte den Ausbruch der Pandemie? Auf den ersten Blick erscheint eine Antwort einfach. Am Silvestermorgen 2019 berichteten einzelne deutsche Zeitungen von einer „mysteriösen Lungenerkrankung“ im chinesischen Wuhan. Allerdings dauerte es Wochen, bis die Pandemie auch in Deutschland als Problem verstanden wurde. Noch Mitte Februar

⁷ Vgl. dazu auch die weiteren Beiträge in diesem GiW-Themenheft. Zur Relevanz des Ruhrgebiets für die deutsche Gesundheitsgeschichte vgl. Malte Thießen, *Immunisierte Gesellschaft. Impfen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 2017 (Neuaufgabe: Bonn 2021), S. 250–253, 313–315.

2020 sprach Bundesgesundheitsminister Jens Spahn angesichts der geringen Erkrankungszahlen von einer Haltung der „aufmerksamen Gelassenheit“.⁸ Er tat das mit guten Gründen, denn selbst bei den meisten Expert:innen schrillten zu dieser Zeit noch keine Alarmglocken. Ironischerweise dürfte ausgerechnet der erste deutsche Corona-Fall diese Gelassenheit zunächst noch befördert haben. Die erste Infektion eines 33-jährigen Bayern am 27. Januar 2020 gab nämlich ein Musterbeispiel für effektive Seuchenbekämpfung ab. Der Mitarbeiter des Unternehmens Webasto hatte sich bei einer chinesischen Geschäftspartnerin angesteckt. Daraufhin waren im Unternehmen umgehend sämtliche Infektionsketten identifiziert sowie potenzielle Kontaktpersonen isoliert worden, sodass der behandelnde Chefarzt Clemens Wendtner am 22. Februar 2020 zum Fall Webasto ein beruhigendes Schlusswort sprach: „Ich gehe derzeit nicht von einer größeren Coronawelle hierzulande aus.“⁹

Zu dieser Zeit, im Februar 2020, wurde in der niederrheinischen Gemeinde Gangelt im Kreis Heinsberg wie überall in Nordrhein-Westfalen Karneval gefeiert. Über hundert Menschen steckten sich auf dieser Karnevalsfeier mit Corona an. Heinsberg zog als „deutsches Corona-Epizentrum“¹⁰ schnell Aufmerksamkeit auf sich. Hier wurde zum ersten Mal der „Heinsberger Gruß“ populär, also die Begrüßung Ellenbogen an Ellenbogen. Der „Heinsberg-Gruß“ wanderte bald als Begrüßungsritual in unseren Alltag ein. Die Coronabekämpfung in Heinsberg galt zudem als „Testfall für die ganze Republik“,¹¹ wie „Der Spiegel“ konstatierte – um zugleich mit einem „klassischen“ Spiegel-Befund aufzuwarten: Die Bundesrepublik sei gegen Corona nur „bedingt abwehrbereit“.¹² In Nordrhein-Westfalen konnte damit bereits Ende Februar studiert werden, was kurze Zeit später die gesamte Bundesrepublik bewegte. Panik vor der Pandemie machte sich breit und in ersten Hamsterkäufen bemerkbar. In Aachen, Mönchengladbach, Köln und Düsseldorf wurden Klopapier, Nudeln und Desinfektionsmittel knapp. Sogar im entfernten Kreis Borken häuften sich wegen der gefühlten Nähe zum „Hotspot“ Heinsberg besorgte Telefonanrufe beim Gesundheitsamt mit der Frage: „Wie kann ich meine Familie und mich schützen?“ Bereits am 27. Februar schaltete die

8 RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND), Spahn spricht über Versäumnisse, 3.7.2020, <<https://www.rnd.de/politik/spahn-spricht-uber-versaumnisse-und-warnt-vor-kunftigen-gefahren-JXUOXPYJOZE2POXQ5KUS5KHYXA.html> > (23.9.2022).

9 Der Spiegel, Im Virus-Fieber, 22.2.2020.

10 Focus, China um Hilfe gebeten, 25.3.2020.

11 Der Spiegel, Ausnahmezustand, 7.3.2020.

12 Der Spiegel, Krisen – bedingt abwehrbereit, 29.2.2020.

Stadtverwaltung Borken eine eigene Telefon-Hotline, um den Ansturm besorgter Anfragen zu bewältigen.¹³

In Heinsberg trieb die Furcht vor dem Virus die Verantwortlichen zu außergewöhnlichen Maßnahmen. Hier schlossen nicht nur zum ersten Mal in Deutschland Schulen, Kitas und öffentliche Einrichtungen ihre Türen. Wegen des Mangels an Schutzausrüstung bat der Heinsberger Landrat Stephan Pusch sogar den chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping um Unterstützung. Peking reagierte umgehend und sagte Unterstützung im Seuchenkampf sowie Hilfslieferungen von Schutzmasken nach Heinsberg zu. Aus chinesischer Perspektive war der Hilferuf aus Heinsberg ein Glücksfall. Eine bessere Einladung zur Politur des durch die Pandemie ramponierten Images hätte man sich in China kaum wünschen können. Die Reaktion der nordrhein-westfälischen Landesregierung unterstrich ebenfalls die verzweifelte Lage am Ausbruchsort. Auf den ersten Blick musste der Heinsberger Hilferuf als Affront gelten, stellte er der Landesregierung doch ein schlechtes Zeugnis im Fach Krisenmanagement aus. Schließlich ist die Beschaffung von Schutzausrüstung ebenso wie der Seuchenkampf Ländersache. Angesichts gewaltiger Lieferengpässe bei Masken, Handschuhen und Desinfektionsmitteln blieb der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) jedoch erstaunlich pragmatisch. Auf einer Pressekonferenz zum Ausbruch in Heinsberg lobte Laumann die Eindämmungsmaßnahmen seines Parteifreundes Pusch und würdigte den Hilferuf nach China als „eine gute Sache“.¹⁴

In der öffentlichen Debatte stand der Fall Heinsberg für gewaltige Startprobleme im Seuchenkampf. Gesundheitsminister Laumann machte daher gute Miene zum bösen Spiel. Er gab den Auftakt für eine Pandemiepolitik Nordrhein-Westfalens, die als eine Art Vorwärtsverteidigung bezeichnet werden kann. Das „Stigma des Seuchen-Kreises“¹⁵ haftete schnell dem gesamten Bundesland an. In der internationalen Presse konnte man plötzlich vom Kreis Heinsberg als „deutsches Wuhan“ lesen, sogar in der ehrwürdigen „Times“ schaffte es dieses Horrorszenerario in die Schlagzeilen.¹⁶ Am 6. März erklärte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ganz Nordrhein-Westfalen zum „Corona-Risikogebiet“ und riet von Reisen in das Bundesland ab. Angesichts solcher Warnungen wurden selbst abge-

13 Karlheinz Gördes, Von Wuhan ins Westmünsterland: Corona-Chronik bis 31. Oktober 2020, in: Westmünsterland. Jahrbuch des Kreises Borken (2021), S. 184–214, hier S. 184.

14 Rheinische Post, Laumann unterstützt Hilferuf an die Chinesen, 23.3.2020.

15 Deutsche Welle, Gegen Virus und Stigma. Landrat Stephan Pusch, 19.4.2020.

16 RND, Heinsberg. Wo die deutsche Corona-Krise vor einem Jahr ihren Lauf nahm, 25.2.2021.

klärte Profis deutlich. Der renommierte Medizinhistoriker Wolfgang U. Eckart kommentierte die Einstufung Nordrhein-Westfalens zum Risikogebiet auf dem Nachrichtendienst Twitter knapp, aber mit deutlichen Worten: „Ich glaub, es hackt!!!“¹⁷

Ministerpräsident Armin Laschet mochte vielleicht ähnlich empfunden haben. Er lief sich in dieser Zeit für das Rennen um den CDU-Parteivorsitz warm. Heinsberg war also ein Makel mit politischer Sprengkraft für das gesamte Bundesland. Vor diesem Hintergrund verwandelte sich der Kreis in ein riesiges Testlabor. Die Landesregierung gab dem Bonner Virologen Hendrik Streeck Ende März 2020 mehrere Millionen Euro für eine Studie zur Ausbreitung des Coronavirus in Heinsberg an die Hand.¹⁸ Laschets Statement zu Beginn des Forschungsprojekts legt nahe, dass die Heinsberg-Studie medizinische Bedürfnisse ebenso befriedigen sollte wie politische: „Der Kreis Heinsberg kann uns als Forschungsbeispiel und Modellregion dienen, wissenschaftlich fundiert herauszufinden, welche Maßnahmen sinnvoll sind, um die Bürger:innen optimal zu schützen.“¹⁹ Auch in dieser Hinsicht war die Studie ein voller Erfolg: Sie verwandelte Heinsberg vom Makel in eine „Modellregion“, die fortan bundesweit Schlagzeilen – und zwar ungemein positive – machte. Der Berliner „Tagesspiegel“ zeigte sich beispielsweise Ende März 2020 beeindruckt vom Krisenmanagement in Nordrhein-Westfalen. Nach der Verkündung der Studienergebnisse durch die Landesregierung adelte die Zeitung Heinsberg „auch offiziell“ zur „Schule der Nation“ unter der passenden Schlagzeile: „Wie das deutsche Wuhan zum Vorbild für das ganze Land wurde.“²⁰ Am Anfang der Pandemie stand also Nordrhein-Westfalen. Heinsberg war ein Kipp-Punkt für die Stimmung in Deutschland. Seit Heinsberg hatte Corona in der Öffentlichkeit die volle Aufmerksamkeit. Mit der anfänglichen Gelassenheit war es vorbei, die Pandemie war endgültig da.

Im Gesamtüberblick lassen sich aus dem „Hotspot Heinsberg“ zwei Erkenntnisse ziehen. Erstens ist die Coronageschichte ein Fallbeispiel für den Wandel kollektiver Ängste. Bis Ende Februar 2020 schien das Corona-Virus in Deutschland kein großes Problem zu sein. Seuchen galten als etwas Altertümliches, ge-

17 Tweet von Wolfgang U. Eckart, 7.3.2020, 9:28 Uhr (31.5.2021).

18 Zur Heinsberg-Studie vgl. auch Ursula Weidenfeld, Politik und Expertise: Primat von was?, in: Florack, Coronakratie (wie Anm. 1), S. 149–156, hier S. 154.

19 Pressemitteilung des Universitätsklinikums Bonn, 27.3.2020, <<https://www.ukbnewsroom.de/die-landesregierung-hat-gemeinsam-mit-dem-kreis-heinsberg-und-dem-institut-fuer-virologie-an-der-universitaetsklinik-bonn-ein-wichtiges-corona-forschungsprojekt-initiiert>> (23.9.2022).

20 Tagesspiegel, Wie das deutsche Wuhan zum Vorbild für das ganze Land wurde, 30.3.2020.

benenfalls noch als etwas im „fernen Osten“. Die Seuche, das waren – so die verbreitete Auffassung – „die Anderen“ und damit war es nicht „unser“ Problem.²¹ Erst eine neue Rahmung der Pandemie, durch den Ausbruch im beschaulichen Heinsberg, warf diese Selbstsicherheit über den Haufen. Auch deshalb bildete Heinsberg einen Kipp-Punkt deutscher Aufmerksamkeitsökonomien: Heinsberg konnte letztlich überall sein, Corona wurde zu „unserem“ Virus. Zweitens zeigt der Hotspot Heinsberg, wie sehr Seuchen die Krisenlösungskompetenz von Regierungen herausfordern. Corona war und ist eben nicht nur ein medizinisches Problem, sondern mehr noch ein soziales und ein politisches. Michael Foucault hat von Seuchen einmal als „Traum der Regierenden“ gesprochen. Im Pandemiefall hätten Regierende nach Foucault die Chance, ihre Fürsorge-Kompetenz auszuspielen.²² Heinsberg offenbarte eine Ambivalenz dieses Phänomens: Die Seuche konnte nämlich ebenso schnell zum Albtraum der Regierenden werden. Die Pandemie war nicht nur eine Chance, sie setzte zugleich unter Zugzwang – in diesem Fall den Kreis und die Landesregierung Nordrhein-Westfalens, die schnellstmöglich ihre Handlungsfähigkeit demonstrieren mussten.

2. Konkurrenz und Wettbewerbe

Mit dieser Ambivalenz von Pandemien – zwischen Chance und Zwang – erklärt sich noch ein weiteres Phänomen, mit dem ich beim zweiten Punkt meines Beitrags wäre. Ich nenne dieses Phänomen eine „Vergleichs-Sucht“, die mit dem Virus in ganz Deutschland ausbrach. Als Auslöser dieser „Vergleichs-Sucht“ lässt sich das „Superwahljahr“ 2021 verstehen. In diesem Jahr standen mehrere Landtagswahlen sowie im September die Bundestagswahl an, sodass die politische Dimension der Pandemie noch einmal an Gewicht gewann. An den Infektionszahlen, Inzidenzen und später an der Impfquote der Bundesländer vermaßen viele Medien nämlich auf einmal die Qualität von Ministerpräsident:innen. Die Pandemiebekämpfung mutierte zu einem Wettbewerb, in diesem Fall zwischen den Ländern. Wegen des Wettbewerbs um die Kanzlerkandidatur der Union zogen 2021 zwei Ministerpräsidenten besonders große Aufmerksamkeit auf sich:

21 Zum „Othering“ als Wahrnehmungsproblem „des Westens“ und Ursache für eine gefährliche „Selbstzufriedenheit“ vgl. Honigsbaum, *Das Jahrhundert* (wie Anm. 2), S. 290.

22 Vgl. Philipp Sarasin, *Mit Foucault die Pandemie verstehen?*, in: *Geschichte der Gegenwart*, 25.3.2022, <<https://geschichtedergegenwart.ch/mit-foucault-die-pandemie-verstehen/>> (28.9.2022).

Armin Laschet und Markus Söder. Die Infektions- und Todeszahlen aus Bayern und Nordrhein-Westfalen dienten als Leistungstests für die Kanzlerfähigkeit der beiden Bewerber. So hielt die Wochenzeitung „Die Zeit“ im März 2021 fest, dass im Länder-Vergleich gemessen werde, „wer die bessere Corona-Strategie hat: die lässigen Rheinländer oder die strengen Bayern“.²³

Als selbst die Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende März 2021 Kritik an der Corona-Strategie einiger Bundesländer, darunter Nordrhein-Westfalen, äußerte, wandte sich Armin Laschet gegen derartige Ländervergleiche mit deutlichen Worten: „Es darf nicht zum allgemeinen Ton werden, anderen Ministerpräsidenten ihre Infektionszahlen oder gar Todeszahlen vorzuhalten.“²⁴ Noch schärfer klang die Retourkutsche im Übrigen aus der Bundeshauptstadt, wo der Regierende Bürgermeister Michael Müller auf entsprechende Kritik auch an Berlin besonders dünnhäutig reagierte und gar von einem „Länder-Bashing“ sprach.²⁵ Letztlich blieb Armin Laschets Ablehnung von Ranglisten indes nur von kurzer Dauer. Als der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens Ende März 2021 in der Talkshow „Markus Lanz“ vom Moderator gefragt wurde, wie er mit Söders „Treffern gegen sie“ umgehe, griff auch Laschet gern zum Vergleich: „Wenn man sich die Ergebnisse [ansieht], welches Land wie durch die Pandemie gekommen ist, da ist Nordrhein-Westfalen nicht bei den schlechtesten Ländern, um es mal ganz vorsichtig zu formulieren.“²⁶

Die Coronageschichte hält also eine weitere Erkenntnis bereit: Die Krisenlösungskompetenz, die während einer Pandemie gefragt ist, entfacht Konkurrenzen, ja regelrechte Wettbewerbe um das „gesündere“ und damit „bessere“ Land. Vergleiche gerieten zu einem Argument in der politischen Auseinandersetzung, weil sie anhand von Zahlen, und damit scheinbar objektiv, die jeweilige Krisenlösungskompetenz von Kommunen, Ländern oder ganzen Nationen belegten. Verglichen wurde nicht nur zwischen Bundesländern, sondern auch zwischen Staaten und ganzen Kontinenten. Das „schwedische Modell“ beispielsweise war seit Beginn der Pandemie ebenso geläufig wie später der „israelische Weg“ oder „Asiens Resilienz“. Obwohl solche Vergleiche und Zuschreibungen in epidemio-

23 Die Zeit, Bayern oder NRW, was ist besser?, 25.3.2021; vgl. bereits Der Spiegel, Söder oder Laschet – wessen Corona-Strategie ist erfolgreicher?, 16.10.2020.

24 Zit. nach einem Tweet des Bayerischen Rundfunks, Laschet reagiert auf die Kritik von Kanzlerin Merkel und Ministerpräsident Söder an anderen Länderchefs, 29.3.2021, <<https://twitter.com/BR24/status/1376496572796694532>> (28.9.2022).

25 Michael Müller kritisiert „Länder-Bashing“ aus dem Kanzleramt, in: Tagesspiegel, 29.3.2021.

26 ZDF, Markus Lanz, Sendung vom 30.3.2021, Min. 25:26–25:35, <<https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-30-maerz-2021-100.html>> (23.9.2022).

logischer Hinsicht allenfalls von begrenztem Nutzen sind, waren sie 2020 und 2021 ausgesprochen wirkmächtig: Sie verwandelten die Pandemie in ein politisches Argument, mit dem sich Stimmung machen und im besten Fall sogar Wählerstimmen gewinnen ließen.

3. Sündenböcke und Stigmatisierungen

Ich komme zu meinem dritten Punkt: zu Sündenböcken und Stigmatisierungen. Sie sind eine besonders bittere Erkenntnis aus der Pandemie. Denn seit Februar 2020 konnten wir auch in Deutschland Dinge erleben, die eigentlich an düstere Zeiten erinnerten. „Chinesisch“ aussehende Menschen wurden angefeindet, aus Bahnen und Bussen geworfen, mitunter sogar angegriffen. Sie galten als „Seuchentreiber“ und „Infektionsherde“, die andere Menschen bedrohten. Kurze Zeit später traf es weitere Gruppen, womit ich noch einmal zum ersten „Hotspot“ Nordrhein-Westfalen zurückkomme. Denn in Heinsberg klagte Landrat Pusch bereits Anfang März 2020 in mehreren Interviews über fehlende Solidarität und alltägliche Ausgrenzungen. Heinsberger:innen würden in Teilen Nordrhein-Westfalens nicht einmal mehr in Fußballstadien oder Geschäfte eingelassen.

Ein zweites Fallbeispiel aus Nordrhein-Westfalen ließ sich wenige Monate später beobachten. Nach einem Corona-Ausbruch im Schlachtbetrieb Tönnies Ende Juni 2020 stand plötzlich der gesamte Kreis Gütersloh unter Generalverdacht. Der Politikwissenschaftler Matthias Lemke hat die darauf folgenden Entwicklungen als „Lehrstück zu Recht und Gerechtigkeit“²⁷ bezeichnet. Selbst im beschaulichen Münster kam es zu heftigen Reaktionen. Autos mit den KfZ-Kennzeichen „GT“ wurden zerkratzt, Menschen aus Gütersloh beschimpft. Diese Anfeindungen gingen so weit, dass sogar der Bundesgesundheitsminister einschritt. In einer Presserklärung warnte Jens Spahn „vor Stigmatisierung“ eines ganzen Kreises und entsprechenden Schuldvorwürfen: Gütersloher:innen seien „Opfer der Umstände und nicht Bürger, die man mit irgendwelchen Schuldvorwürfen versehen sollte“. Die Warnung sei umso dringender, weil es „jede Region morgen genauso erwischen“ könne.²⁸

Welche Erkenntnisse lassen sich aus diesen Beobachtungen ziehen? Zunächst einmal mündet die Coronageschichte Nordrhein-Westfalens in der bitteren

27 Matthias Lemke, Deutschland im Notstand? Politik und Recht während der Corona-Krise, Frankfurt a. M. 2021, S. 187.

28 Alle Zitate aus: Pressemitteilung der Bundesregierung, Spahn warnt vor Stigmatisierung, 26.6.2020, <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/keine-stigmatisierung-1764320>> (23.9.2022).

Erkenntnis, dass der Kitt der Zivilisation in Krisenzeiten und auch heute noch mitunter dünn ist. Heinsberg und Gütersloh machen darüber hinaus deutlich, warum Seuchen die „sozialsten aller Krankheiten“ sind. Die Pandemie war nicht so sehr eine Bedrohung, weil das Virus im Menschen schwerer wütete als andere Krankheiten. Schwere Krankheiten wie Krebs sind für die oder den Betroffenen genauso schlimm oder gar schlimmer. Zu einer besonderen Bedrohung werden Seuchen wegen des Prinzips der Ansteckung. Dieser Befund ist nicht so trivial, wie er klingt. Denn das Prinzip der Ansteckung macht das Verhalten des Einzelnen zu einem Problem für alle. Das soziale Verhalten von Menschen gilt im Pandemiefall auf einmal als Risikofaktor. Genau deshalb stehen Sündenböcke und Stigmatisierungen beim Ausbruch einer Pandemie hoch im Kurs: Sie suggerieren nämlich Sicherheit. Sündenböcke geben uns das Gefühl, dass wir die Seuche verorten und z. B. auf eine Gruppe beschränken können. Sündenböcke und Stigmatisierungen sind damit ein Versuch, das Unbekannte zu lokalisieren und Kontrolle zurückzugewinnen.

Die Coronageschichte Nordrhein-Westfalens hält aber noch eine weitere, etwas beruhigendere Erkenntnis bereit. Stigmatisierungen und Ausgrenzungen wurden vor Ort keineswegs einfach hingenommen, sondern durchaus als zivilgesellschaftliches Problem gesehen. Im Fall Tönnies mischte sich nicht nur Gesundheitsminister Spahn, sondern ebenso Akteur:innen in und um Gütersloh in die Debatte ein. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Ostwestfalen-Lippe bezog am 24. Juni 2020 klar gegen die Stigmatisierung von Infizierten Stellung: „Es ist nicht akzeptabel, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Schlachthofes jetzt zu Sündenböcken zu erklären! Daher wollen wir diesen Solidarität zeigen“,²⁹ erklärte die Regionsgeschäftsführerin des DGB, Anke Unger. Diesen Worten ließen die Gewerkschaften umgehend Taten folgen. Sie riefen die Bevölkerung auf, „Solidaritätspakete für die Beschäftigten von Tönnies“ zu packen, um die Betroffenen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln, Spielzeug und einer persönlichen Botschaft, „die Mut macht und Solidarität zum Ausdruck bringt“, zu versorgen.³⁰ Der Erfolg konnte sich sehen lassen. In nicht einmal zwei Tagen packten Menschen aus dem Kreis Gütersloh mehr als 800 Solidaritätspakete für die Betroffenen.³¹

29 Pressemitteilung des DGB OWL, Solidaritätspakete für die Beschäftigten von Tönnies, 24.6.2020, <<https://ostwestfalen-lippe.dgb.de/presse/++co++83844242-b6bc-11ea-8a3d-52540088cada>> (23.9.2022).

30 Flyer DGB, NGG, IGN, Verdi u. a., Solidaritätspakete, o. Dt. [24.6.2022], <<https://ostwestfalen-lippe.dgb.de/presse/++co++83844242-b6bc-11ea-8a3d-52540088cada>> (23.9.2022).

31 Tweet von Faire Mobilität / fair DGB, 27.6.2020, 13:22 Uhr, <<https://twitter.com/FaireMobilitaet/status/1276838269829988367>> (28.9.2022).

4. Grenzen: Kontrollbedürfnisse und Globalisierungängste

Für Europa war Corona ein Schock: Die Pandemie beförderte eine neue Sehnsucht nach Grenzen. Obwohl die Europäische Kommission von Anfang an auf den begrenzten Nutzen von Grenzsicherungen hinwies und energisch darauf drängte, „die Blockaden an den Binnengrenzen im Schengen-Raum aufzulösen“,³² gingen im Frühjahr 2020 in ganz Europa die Schlagbäume herunter. Deutschland schottete sich ab, zuerst Richtung Westen und Süden, als die Bilder aus dem italienischen Bergamo für Unruhe sorgten, kurze Zeit später auch gen Osten. Manche Beobachter:innen sprachen gar von einem Comeback des Nationalstaats. Obwohl zahlreiche Virolog:innen den epidemiologischen Nutzen dieser – meist viel zu späten – Grenzziehungen hinterfragten, blieben Grenzen lange Zeit beliebt. Das gilt zum Beispiel für den Winter 2020/2021, als Grenzziehungen in Bayern und Sachsen gegenüber Tschechien die Ausbreitung der „britischen Mutante“ (heute bekannt als Alpha-Variante) stoppen sollte. Bundesinnenminister Seehofer stilisierte die Grenzsicherung gar zur nationalen Entscheidungsschlacht: „Wir kämpfen an der Grenze zu Tschechien und Österreich gegen das mutierte Virus.“³³ Der Effekt auch dieser Grenzziehung blieb letztlich gering, denn zu diesem Zeitpunkt war Alpha auch in Deutschland bereits sehr verbreitet, wie das Robert Koch Institut (RKI) hervorhob.

Dass Bundesminister wie Horst Seehofer oder Ministerpräsidenten wie Markus Söder und Michael Kretschmer dennoch Grenzen publikumswirksam als Infektionsschutz verkauften, verweist auf eine weitere Erkenntnis der Coronapandemie: Grenzziehungen sind auch im 21. Jahrhundert eine Ressource für Symbolpolitik. Wahrscheinlich ist die Attraktivität von Grenzen heute sogar größer denn je. Im 20. und 21. Jahrhundert sind Pandemien zu einer gängigen Chiffre für die Schattenseiten der Globalisierung geworden. Die Popularität von Grenzziehungen in den Jahren 2020 und 2021 erklärt sich also weniger mit medizinischen Motiven, sondern mehr noch mit ihrer symbolischen Aufladung. Grenzen suggerieren Lösungen gegen die „dunklen“ Seiten der Globalisierung: Migration, Krankheit und Gewalt. Der Historiker Philipp Sarasin hat auf diese Seuchen- und

32 Michael Gehler, Europa wachte langsam auf, handelte verspätet und ringt weiter mit sich. Die EU und ihr Umgang mit der Corona-Krise 2020, in: Manfred Rauchensteiner/Michael Gehler (Hg.), *Corona und die Welt von Gestern*, Wien 2021, S. 67–94, hier S. 72. Zur EU-Coronapolitik vgl. auch Kiran Klaus Patel, *COVID-19 und die Europäische Union. Zur Geschichte eines Erwartungshorizonts*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 46 (2020), S. 522–535.

33 Bild-Zeitung, „Jetzt reicht's! Die EU hat genug Fehler gemacht“, 13.2.2021.

Globalisierungsängste bereits früh hingewiesen.³⁴ Für Europäer:innen stand vielfach insbesondere „Migration“ für die Bedrohungen durch „die“ Globalisierung.³⁵ „Seuchenschutz und Immigrationskontrolle“, so weist die Historikerin Andrea Wiegeshoff nach, gingen seit dem 19. Jahrhundert nicht nur „Hand in Hand“,³⁶ sondern mehr noch: Gesundheitsmaßnahmen machten Grenzen und damit die Nation sichtbar und mitunter sogar wortwörtlich greifbar. Schließlich ermöglichten Gesundheitsuntersuchungen wie Entlausungen, Impfungen oder Isolationsmaßnahmen als konkrete Praktiken die Ausgrenzung von Menschen. Medizinische Maßnahmen an nationalen Grenzen galten daher seit dem 19. Jahrhundert als Medizin auch gegen Migrationsströme.³⁷

Dass 2020 und 2021 zeitgleich zur nationalen Abschottung gegenüber Osteuropa dennoch tausende osteuropäische Saisonkräfte zur Erdbeerernte und Spargelernte nach Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gelassen wurden und Saisonarbeiter:innen auch im Winter 2020/21 weiterhin in nordrhein-westfälischen Fleischfabriken schufteten durften, unterstreicht daher noch einmal den Befund: Grenzen dienen im Pandemiefall in erster Linie einer symbolpolitischen Beschwichtigung. Grenzziehungen sollen staatliche Handlungsfähigkeit im Angesicht einer unbekannteren Bedrohung demonstrieren sowie Sicherheit gegen den Kontrollverlust in einer globalisierten Welt vermitteln. Erdbeeren und Spargel standen auch in Nordrhein-Westfalen offenbar nicht für die Schattenseiten der Globalisierung.

5. Immunität als Relativitätstheorie und sozialer Stresstest

Impfungen brachten das Ende der Pandemie. Das war vielen Menschen bereits im Frühjahr 2020 klar, als man von Impfprogrammen nur träumen konnte. Dennoch setzt schon damals das Impfen eine klare Zäsur. Ungeduldig drängelte z. B. die Wochenzeitung „Die Zeit“ im Sommer 2020 mit der Schlagzeile „Corona-Impfungen. Wann kehrt die Freiheit zurück?“³⁸ auf ihrer Titelseite. Auch die Bundeskanzlerin brachte diese Erlösungshoffnung früh unters Volk. Sie verkündete in

34 Philipp Sarasin, „Anthrax“. Bioterror als Phantasma, Frankfurt a. M. 2004, S. 184.

35 Peter Baldwin, Contagion and the State in Europe, 1830–1930, Cambridge 1999.

36 Andrea Wiegeshoff, Pandemie, Nation und die Geschichte des Nationalismus im 20. und 21. Jahrhundert, in: H-Soz-Kult, 8.12.2020, <<https://www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-5078>> (23.9.2022).

37 Vgl. die Beiträge in Alison Bashford (Hg.), Medicine at the Border. Disease, Globalization and Security, 1850 to the Present, Basingstoke 2014.

38 Die Zeit, Corona-Impfungen, 23.7.2020.

ihrer berühmten Fernsehansprache vom 18. März 2020 eine „Richtschnur all unseres Handelns: die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, sie über die Monate zu strecken und so Zeit zu gewinnen. [...] damit die Forschung [...] einen Impfstoff entwickeln kann.“

Als sich im November 2020 die zweite Coronawelle hoch auftürmte, sah Armin Laschet daher als größte Hoffnung der Pandemiebekämpfung, „sich in den Impfstoff zu retten“.³⁹ Für diesen Optimismus hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident gute Gründe. Laschet verwies auf die rasante Impfstoffentwicklung und die Forschungsfortschritte, die heute dank internationaler Vernetzungen möglich seien. Und bevor ich jetzt allzu besserwisserisch klinge, sei kurz angemerkt: Auch ich selbst war im Winter 2020/21 ziemlich sicher, dass mit dem Impfen eine effektive Eindämmung des Virus und damit ein Ende der Pandemie möglich werde. Dieser verbreitete Optimismus auf Immunität war ja auch nicht ganz falsch, denn nach wie vor sind Impfungen das Beste, was wir gegen Corona haben. Seit der Etablierung des Corona-Impfprogramms sind die Todeszahlen und die Hospitalisierungsraten deutlich gesunken.

Unterm Strich ist das Corona-Impfprogramm allerdings auch eine Geschichte großer Enttäuschungen. Diese Enttäuschungen sind eine weitere Erkenntnis der Coronageschichte, die zugleich eine Zäsur unserer Risikowahrnehmungen markiert. Bis 2020 lebten wir im Zeitalter der Immunität. Die Einführung zahlreicher Impfprogramme seit den 1970er Jahren schuf zumindest im globalen Norden ein neues Sicherheits- und Lebensgefühl. Alle früheren „Kinderkrankheiten“ oder „Volksseuchen“ verschwanden nach und nach aus unserem Wahrnehmungshorizont. Immunität galt von nun an als ein absolutes Sicherheitsversprechen. Ein Pieks sorgte demnach für absolute Sicherheit. Dieses Gefühl ist durch Corona tiefgreifend erschüttert worden. In den Jahren 2021 und 2022 lernten wir, dass Impfprogramme zwar das Beste sind, was wir haben. Sie bieten allerdings keinen absoluten, sondern immer nur einen relativen Schutz. Immunität wurde 2021 daher zur Relativitätstheorie.

Mit dieser Enttäuschung erklären sich zwei Entwicklungen, mit denen wir noch heute zu tun haben. Erstens mutierte das Impfen zu einem sozialen Stress-test. Beim Impfen ging und geht es nie nur um den Pieks für die oder den Einzelnen. Es geht immer auch um grundsätzliche gesellschaftliche Fragen: Wie solidarisch kann oder soll ein Mensch sein? Beim Impfen dreht sich die Debatte stets um eine Risikoabwägung: Was ist bedrohlicher, die Infektionskrankheit oder

39 Laschet (CDU) zur Corona-Pandemie – „Die Zahlen sinken überall, aber zu langsam“, in: Deutschlandfunk 29.11.2020, <<https://www.deutschlandfunk.de/laschet-cdu-zur-corona-pandemie-die-zahlen-sinken-ueberall-100.html>> (23.9.2022).

potenzielle Nebenwirkungen der Impfung? Diese Frage fiel bei einigen Menschen seit Herbst 2021 immer öfter zuungunsten der Impfung aus. Da insbesondere ältere oder vorerkrankte Menschen als besonders bedroht galten, erschien Jüngeren die Impfung als größeres Risiko. „Ich bin jung, sportlich und ohne Vorerkrankungen – warum soll ich mich impfen lassen?“ Auf diese oder ähnliche Weise konnte man es seit dem Sommer 2021 in den Sozialen Medien lesen.

Obwohl einem diese Einstellung unsolidarisch oder gar vermessen vorkommen kann, ist sie in historischer Perspektive durchaus nachvollziehbar. Die individuelle Risikoabwägung zuungunsten des Allgemeinwohls ist nämlich auch der Effekt eines gesellschaftlichen Leitmotivs, das seit den 1970er Jahren großen Erfolg feierte: das „präventive Selbst“.⁴⁰ Die Vorstellung von der Selbstoptimierung des Körpers und von Vorsorge als Selbstsorge drängte die soziale Dimension des Impfens seither immer weiter aus dem Blick. Das scheint mir ein weiterer wichtiger Befund der Coronageschichte zu sein und einen weiteren Wandel zu markieren: Immunität als solidarisches Projekt hat mittlerweile offenbar stark an Überzeugungskraft verloren.

Dieser Befund macht noch eine weitere Entwicklung im Jahr 2021 nachvollziehbar: das Comeback der Impfpflicht. Eigentlich war die Freiwilligkeit der Impfung seit Jahrzehnten ein Erfolgsmodell in der Bundesrepublik gewesen. Erst die Einführung einer indirekten Masernimpfpflicht 2020 hatte von dieser jahrzehntelangen Tradition Abschied genommen. Nach fast zwei Jahren Coronapandemie aber, Ende 2021, entbrannte auf einmal eine Debatte über die allgemeine Impfpflicht, obwohl noch wenige Monate zuvor die übergroße Mehrheit aller Politiker:innen eine solche Pflicht stets kategorisch ausgeschlossen hatte. Dieser Einstellungswandel wird zum einen nachvollziehbar vor dem Hintergrund der Immunität als Relativitätstheorie: Die Enttäuschung, dass Impfprogramme kein schnelles Ende der Coronapandemie brachten, erhöhte den Handlungsdruck auf die Gesundheitspolitik und damit deren Bereitschaft, neue Wege für eine hohe Herdenimmunität zu gehen. Zum anderen kann die Sehnsucht nach der Impfpflicht als ein Versuch verstanden werden, die solidarische Dimension von Immunität zu retten. Die Sehnsucht nach der Impfpflicht im Winter und Frühjahr 2022 ist damit durchaus nachvollziehbar. Sie ist nicht zuletzt eine Reaktion auf einen tiefgreifenden Wandel von Gesundheits- und Gesellschaftsvorstellungen. Das wiederum ist ein Befund der Coronageschichte, mit dem wir in Zukunft bestimmt noch länger zu tun haben werden.

40 Siehe hierzu Martin Lengwiler/Jeanette, Madarász (Hg.), *Das präventive Selbst. Eine Kulturgeschichte moderner Gesundheitspolitik*, Bielefeld 2010.

6. Fazit

Warum lohnt es sich, Zeitgeschichte zu erkunden, auch wenn sie noch brennt? Und welche Impulse gibt eine Coronageschichte der Landes-, Zeit- und Seuchengeschichte? Erstens macht Corona deutlich, dass Seuchen ein staatlicher Leistungstest sind. Sie sind ein Traum aber auch ein Albtraum von Regierungen, weil sie die Krisenlösungskompetenz sowohl unter Beweis als auch in Frage stellen können. Am „Hotspot Heinsberg“ lassen sich daher Versuche von Landesregierung und Kreis beobachten, die Seuche „regieren zu wollen“. Die Verwandlung des Makels in eine Modellregion stellte Land und Kreis eben auch ein gutes Zeugnis der Daseinsfürsorge aus. Zweitens erklären solche Versuche, warum im Pandemiefall absurd wirkende Vergleiche und Wettbewerbe populär werden, etwa zwischen Kommunen und Ländern, zwischen Nationen und Kontinenten. Scheinbar objektive Daten wie Infektionszahlen, Inzidenz oder Impfquote gelten als Maßstab für „gute“ Politik. Sie eröffnen daher Wettkämpfe um die gesündere und damit um die bessere Gesellschaft und manchmal auch um die Kandidatur für die Kanzlerschaft. Drittens macht uns Corona bewusst, wie schnell in einer Krise tiefsitzende Ängste geweckt werden. Die Stigmatisierung, Ausgrenzung und Popularität von Sündenböcken machen deutlich, dass Seuchen als sozialer Stresstest das Unterbewusstsein einer Gesellschaft offen legen. Nicht nur Corona war ein Problem, sondern tiefersitzende Ängste vor „Fremden“, vor den „Anderen“ und vor „der“ Globalisierung. Viertens erklärt sich mit solchen Ängsten das Comeback von Grenzen und dies selbst innerhalb Europas und sogar zwischen Bundesländern. Dass Nordrhein-Westfalen von der Bundesregierung zum „Risikogebiet“ erklärt wurde, hatte zwar wenig medizinischen Nutzen. Es suggerierte aber Tatkraft und Handlungsfähigkeit. Im Pandemiefall mutieren Grenzen zu einem Beruhigungsmittel und zu einem Argument der Symbolpolitik.⁴¹ Und nicht zuletzt zeigt die Coronageschichte, dass Impfprogramme eine Projektionsfläche bilden für soziale Normen und soziale Ordnungen. Beim Impfen ging und geht es nie nur um den Pieks, sondern immer auch um die Grundsatzfrage, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen und was die oder der einzelne für die Allgemeinheit leisten soll. In dieser Hinsicht indiziert die Coronageschichte einen Wandel von Risiko- und Gesellschaftskonzepten. Immunität als solidarisches Projekt verlor seit 2021 zunehmend an Überzeugungskraft.

41 Vgl. Andrea Wiegeshoff, Diseases know no borders? Über das Ringen um Grenzen in epidemischen Zeiten, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 73 (2022), S. 387–402.

Diese und weitere Erkenntnisse werden in landesgeschichtlicher Perspektive besonders deutlich. Nordrhein-Westfalen war während der Coronapandemie nicht nur ein gesundheitspolitischer Ordnungsrahmen, weil Seuchenbekämpfung Ländersache ist. Darüber hinaus ermöglicht eine Landeszeitgeschichte Tiefenbohrungen in Regionen und Kommunen und damit in unterschiedliche Bereiche einer Gesellschaft. Wenn Seuchen die sozialsten aller Krankheiten sind, weil sie auf allen sozialen Feldern potenziell jede und jeden treffen – wenngleich unterschiedlich schwer – dann liegen die Potenziale einer Landeszeit- als Seuchengeschichte auf der Hand. Corona ist zwar wie jede Pandemie ein globales Ereignis. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen, Formen und Folgen ihrer Bekämpfung werden aber im sozialen Nahbereich und im landespolitischen Kontext am besten greifbar. Landes-, Zeit- und Seuchengeschichte gehen daher eine besonders fruchtbare Verbindung ein, wenn wir dem gesellschaftlichen Wandel in globalisierten Zeiten und im 21. Jahrhundert auch in Zukunft nachspüren möchten.